

Mahnwache gegen Militärschlag

Aktion der Friedensgruppe Lüdenscheid für eine politische Lösung / „Kein Waffenexport“

LÜDENSCHIED • Etliche Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak kamen zur jüngsten Mahnwache der Friedensgruppe auf dem Sternplatz gegen einen Militärschlag auf das Land. Sie hätten mit dem Grundsatz der Friedensgrup-

pe übereingestimmt, dass die Bevölkerung Syriens zwischen den Bürgerkriegsparteien schwer leidet und eine politische Lösung gefunden werden muss, weil Militärschläge die Not der Bevölkerung nur vergrößern, teilte

die Friedensgruppe weiter mit.

Ebenfalls hätten die Flüchtlinge mit der Friedensgruppe übereingestimmt, dass die Waffenlieferungen der ausländischen Mächte einer der schrecklichsten Brandbe-

schleuniger des Bürgerkriegs seien, der schon mehr als 100 000 Todesopfer und mehr als eine Million Flüchtlinge verursacht hat. Und die drei größten Waffenhändler der Welt seien hier wieder beteiligt: die USA, Russland und Deutschland. Es hab für viele Milliarden Euro Waffen an arabische Staaten verkauft, ohne Rücksicht auf die Menschenrechts- und Krisenlage, erklärte die Friedensgruppe weiter. Nun unterstützten diese arabischen Staaten mit den importierten Waffen die Bürgerkriegsparteien in Syrien. Deshalb stelle die Friedensgruppe eine doppelte Forderung: „Kein Waffenexport – besonders nicht in Krisengebiete und Aufbau eines internationalen Friedensdienstes, der neben dem Militärattache in jeder deutschen Botschaft die zivilen Friedensinteressen Deutschlands vertritt.“



Die Friedensgruppe Lüdenscheid setzte sich mit einer Mahnwache auf dem Sternplatz gegen einen Militärschlag auf Syrien.